

Gewerkschafter/innen *gegen Atomenergie und Krieg*



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
HOMEPAGE: www.atomgegner.at

Nr. 4, Dezember 2008



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

30 Jahre NEIN zu Zwentendorf 30 Jahre klug voraus gedacht

Am 5.11.2008 veranstalteten auf Initiative der „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ und von diesen organisiert 27 Organisationen und Einzelpersonen (siehe www.atomgegner.at) eine Kundgebung zum 30. Jahrestag des Atom-Neins der ÖsterreicherInnen. Unter anderen

unterstützten die Künstler Hubsi Kramar, Roland Düringer und Lukas Resetarits oder die Wissenschaftler Prof. Bernd Löttsch, Prof. Peter Weish und Prof. Kromp-Kolb die Kundgebung.

Die Musiker und Anti-Atom-Aktivisten **Kurt Winterstein** und **Harald Huscava**

begleiteten die Kundgebung engagiert mit ihren bissigen und nach wie vor treffenden Anti-Atom-Liedern.

Es ging bei der Kundgebung nicht nur um einen Blick in die Vergangenheit, sondern vor allem darum, auf die nicht geringer, ja größer gewordenen Gefahren von AKW hinzuweisen und aufzuzeigen, wie die politischen Verantwortlichen selbst 30 Jahre nach den NEIN noch immer die Pläne der Atomindustrie weiter verfolgen und auf unsere (Steuerzahler-)Kosten weiterhin Millionen für die Förderung der Atomlobby ausgeben. Nachfolgend Ausschnitte aus den Beiträgen und Solidaritätsadressen:

Betriebsseelsorger, Kaplan Franz Sieder: „Als katholischer Priester spreche ich hier als Vertreter der Kirche und als Vorsitzender der Christen für die Friedensbewegung. Ich möchte dem damaligen Bundeskanzler Kreisky über das Grab hinaus danken, dass er damals diese Volksabstimmung ermöglicht hat. Die stärkste moralische Motivation ist für mich die große Gefahr, dass sich Tschernobyl jederzeit wiederholen kann, aber besonders auch die Verantwortung für die kommenden Generationen. Der deutsche Schriftsteller Carl Amery sagte: „Die am meist Ausgebeuteten unserer Gesellschaft sind die noch nicht geborenen Kinder. Wir schmeißen ihnen den Dreck vor die Tür und sie müssen schauen, wie sie damit fertig werden. Es gibt auch noch immer nicht einmal den Ansatz für eine Lösung der Lagerung des Atommülls. Man kann ihn ins Meer versenken, er wird die Meere verseuchen. Man kann ihn in die Stratosphäre schießen und er wird die Stratosphäre verseuchen. Wir brauchen so wie bei den Atombomben auch einen weltweiten Atomsperrvertrag für Atomkraftwerke. Zum Atomsperrvertrag für Atombomben möchte ich aber sagen, dass er für mich nicht nur heißen soll, dass keine neuen Länder Atombomben

produzieren, sondern dass es eine Sperre gibt für alle Länder der Welt – das heißt, dass die USA, Russland, England, Frankreich und alle Länder die Atombomben besitzen, diese so schnell wie möglich vernichten sollen. Wir fordern eine atomfreie Welt sowohl was die Waffen anbelangt, als auch was die Atomkraftwerke anbelangt ... In der Bibel heißt es, dass Gott den Menschen aufgetragen hat: 'macht euch die Erde untertan'. Dieser Auftrag heißt aber nicht: Beutet die Erde aus und zerstört ihre Lebensgrundlagen, sondern 'macht sie bewohnbar für alle Menschen, auch für die nächsten Generationen'. Eine andere Welt ist möglich – auch eine atomkraftfreie und atomwaffenfreie Welt ist möglich!“



Prof Dr. Bernd Lötsch: „Der 5. November 1978 war eine Annäherung an das Ideal der Demokratie. Offenbar waren Zehntausende Österreicher doch fühliger für Atomrisiken als rund 180 Abgeordnete, die von den Atomlobbies einer gezielten Hirnwäsche unterzogen worden waren. Wir empfanden eine große Generationen-Verantwortung und dachten an Enkel und Urenkel. Doch so lange brauchten wir nicht zu warten. Meine Tochter war damals Säugling – heute eine kenntnisreiche Apothekerin. Schon dieser Generation haben wir schon eine Menge erspart, denn: Schon im 30. Jahr nach Fertigstellung und Abwahl der „jungfräulichen

Atomruine Zwentendorf“ kann Österreich heilfroh sein – gerade jetzt würden wir ein unendliches politisches Hickhack über die kostspieligen Probleme erleben, die bei Abwrackung, Entseuchung und Entsorgung eines verstrahlten Schrottreaktors anfallen. Wo hundert(e) Millionen Euro dafür hernehmen? Wo fände der Abfall seine strahlende Zukunft und Langzeitbewachung?“ ... „Die Österreicher sind großartig...auch beim Anti-Temelin-Volksbegehren 2002 ... Obwohl es sich keiner von uns gewünscht hatte – als es da war, mussten wir reagieren. Mit fast 1 Million bekennender Unterzeichner wurde es das zweitstärkste der letzten 20 Jahre gleich nach dem Gentechnik Volksbegehren ... Während sich Nuklearexperten seit Jahrzehnten bemühen, die Kerntechnik sicher genug für den Menschen zu machen, zeigt die Chronik der Störfälle weltweit, wie viel schwieriger, ja unmöglich es ist, den Menschen sicher genug für die Kerntechnik zu machen. Von „Three Mile Island“ und Detroit in den USA, Windscale in Großbritannien, La Hague in Frankreich, Brunsbüttel in Deutschland bis zum SuperGAU in Tschernobyl ... Gäbe es 1000 Reaktoren, wäre weltweit alle 10 Jahre mit einem schweren Störfall, einem SuperGAU zu rechnen.“ Glücklicherweise gibt es erst etwas über 400 AKWs. Ihr Anteil am Welt-Energieaufkommen liegt um die 4 % - 5 % - das heißt: Selbst bei brutalem, kein Risiko scheidendem Ausbau könnten sie letztlich doch nur einige Prozent des jetzigen CO₂-Ausstoßes substituieren ... Steigen wir aus aus Euratom. Atomenergie ist seit 1979 in unserem Land verboten wie Rauschgift. Verpflichten wir uns gegenüber der EU, deren Teil wir sind, die zig Millionen Euro, die wir sonst jährlich an die Atomlobbyisten bezahlen, für eine beispielhafte Demonstration des alternativen Energieweges einzusetzen – und die kritischen Geister Europas und der Welt werden Österreich einmal mehr

als Pionier-Nation bewundern ...“
(Die ganze Rede von Prof. Lötsch kann auf Wunsch bei uns gegen Ersatz der Portokosten oder per E-Mail angefordert werden.)

Einige Auszüge aus dem Beitrag des Schauspielers und Kabarettisten **Hubsi Kramar, einer satyrischen Geschichte:**
„Wir in Österreich haben es ja gut, wir haben ja die Atome vor 30 Jahren abgeschafft. Wir haben gerade von Prof. Lötsch gehört, dass die mathematische Möglichkeit bei 400 AKWs bald vernichtet zu werden, sehr groß ist ... Vor kurzer Zeit haben wir kein Geld gehabt für Soziales. Der Molterer und der Gusenbauer haben sich deswegen fürchterlich gestritten, haben sich gehasst. Aber dann gab es plötzlich 100 Milliarden für die Banker, die haben halt Pech gehabt. Der Molterer und der Gusenbauer, der Gusenbauer dem Molterer haben sich gratuliert, wie toll sie nicht sind. Jetzt haben's 100 Milliarden für die Banker. Des is' ja eh nix, weil den Arbeiter den gibts ja eh nicht, der soll arbeiten ... Demokratie gibt's ja eh nicht bei uns ... die Neutralität? ... Österreich ist atomwaffenfrei. Und wir zahlen 40 Millionen für Euratom jährlich. Wir sind die Trottel ... Das beste Geschäft ist der Krieg. Es gibt Arbeitsplätze, die Lebensversicherungen müssen nicht mehr ausbezahlt werden, weil die Alten sterben schneller, die Jungen gleich auch, die Frauen gebären wieder und kriegen einen Mütterorden ... Im Grunde genommen ist alles bestens. Wir schauen mit großer Zuversicht zu, wie die Verantwortungsträger uns fertig machen. Das sind ja nur Marionetten ... In Wirklichkeit wie bei der AUA, sind sie alle mit Siemens verbandelt, die haben's jetzt schön in der ÖIAG ... Unsere Volksvertreter, Volkszertreter, in unserem Auftrag das ganz schnell heruntergewirtschaftet und die Siemens und Lufthansa und die paar Wenigen, die die Kohle haben, kriegen das jetzt ganz billig. In welcher schöner Welt wir leben! Im

Moment sind wir wieder soweit, wie nach dem Krieg. Nach dem Krieg war kein Geld da. Alle haben fest gearbeitet, alle haben z'samgholfen. In dem Moment wo ein Geld da war, haben sie es schon weggeräumt. Die Leute haben wieder geschaut, jetzt werden wir wieder ärmer ... Die Zeitungen schreiben, na ihr werds reicher, die Zeitungsherausgeber sind ja auch Aktionäre. Das Problem ist ja, jetzt ist kein Geld da, jetzt ist in sicheren Taschen also machen wir einen Krieg ... Alles, was in der Geschichte an Waffen hergestellt wurde, wurde auch eingesetzt. Blöd wär'n wir, ja. Wozu zahlen wir, wenn sie uns die Atombomben nicht am Schädel hauen? Die vernünftigen Menschen sind für Euratom, sind für Rüstungsindustrie ... weil in der EU haben sie zwei Dinge der Kontrolle entzogen: Euratom und die Rüstungsindustrie. Die europäische Rüstungsagentur. Da kann das Parlament nichts sagen. Das entscheidet ein 'Weisenrat'. Das zivile und militärische Atom sind ein Packerl. Weil man dort am meisten verdient, ist es gut wenn das Geschäft läuft! Österreich ist atomfrei!"

Stellungnahme des Kabarettisten **Roland Düringer**: "Es scheint als mache die Angst vor dem Klimawandel die Atomenergie wieder salonfähig. Belastet durch die CO2 Schuld, ist es ein Leichtes uns langsam aber sicher die Atomenergie als saubere und einfache Alternative schmackhaft zu machen. Genauso wie man eine solide Bachregulierung als Hochwasserschutz empfindet. Vor kleinen Überschwemmungen bieten begradigte Flüsse einen Schutz, doch wehe wenn das große Wasser kommt. Offenbar ziehen wir wissentlich die landesweite grosse Flut den regionalen kleinen Überschwemmungen vor. Das ist der falsche Weg. Unsere Gedanken Kreisen um ein Ziel: Wo und Wie können wir zukünftig mehr Energie für unser technokratisches Sein erbeuten. Auch das ist der falsche Weg. Beginnen wir doch endlich damit, weniger zu

verbrauchen. Und zwar jetzt."

Bei der Kundgebung konnten auch **aus der Steiermark angereiste Atommüllgegner vom Bosruck** begrüßt werden, die mit einem großen Transparent darauf hinwiesen, dass das Atommüllproblem nicht gelöst werden kann und damit in Erinnerung brachten, dass die Österreicher 1978 und dann beim nächsten Angriff mit der Suche nach einem Atommülllager Anfang der 1990er Jahre bislang ein Endlager verhindern konnten.

Solidaritätsadresse der BIGA, Bürgerinitiative gegen Atommüll: „Wir von der „BIGA, der Bürgerinitiativen gegen Atommüll“ wissen nur zu gut, dass es an der innerösterreichischen Atomfront, die sich gegen die Endlagerung des Atommülls in Österreich richtet, derzeit „ruhig“ ist. Dass ein unterirdisches Atommüllendlager verhindert werden konnte, ist der Verdienst der Bevölkerung, sowie der österreichischen Initiativen und nicht zuletzt der Solidarität der Initiativen innerhalb der BIGA. Die Basis über das Wissen für diese Verantwortung wurde durch das „NEIN zu Zwentendorf“ gelegt. Auch heute stehen wir bereit, wenn die internationale Atomlobby, mit überholten und verlogenen Argumenten, der Bevölkerung die Notwendigkeit eines Endlagers in Österreich einzureden versuchen wird. Glaubt uns, die österreichweite BIGA wird wieder im Schulterschluss mit den anderen Initiativen die besseren Argumente und das nötige Herzblut besitzen, um ein Atommüllendlager in Österreich zu verhindern“, so der Sprecher der BIGA, **F.W. Scharinger**.

Grußadresse aus Vorarlberg: „Aus Vorarlberg, dem kleinen Bundesland, das 1978 mit seinem 85 %-Nein gegen Zwentendorf den Ausschlag für die österreichweite Ablehnung gab, senden wir unsere Grüße zur Wiener Kundgebung. Wir wehren uns nach wie

vor gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft und setzen uns für die neuen erneuerbaren Energien ein. Ausdauer übertrifft Stärke! Mit besten Grüßen“, **Hildegard Breiner**, Präsidentin des Naturschutzbund Vorarlberg, und Sprecherin der Vorarlberger Plattform gegen Atomgefahren.

Prof. Dr. Peter Weish: „Vor 30 Jahren haben die Menschen in Österreich der Atomkraft gegen millionenschwere Propaganda und Meinungsmache eine klare Absage erteilt.

Österreich wurde von einem der letzten Industrieländer ohne Atomenergie zum ersten Industrieland ohne Atomkraft ... Wer heute nach diesen bitteren Erfahrungen noch für Atomkraft eintritt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, Beihilfe zur fahrlässigen Masseninvalidisierung und Massentötung zu leisten, an Zukunftsverbrechen mitschuldig zu werden ... Angesichts der Klimaproblematik und der Verknappung und Verteuerung der fossilen Energieträger taucht immer wieder das Schlagwort einer „Renaissance der Kernenergie“ auf. Dabei handelt es sich um einen Werbeschmäh der Atommafia ... Weltweit ist die Kapazität der Atomkraft wegen altersbedingter Abschaltungen bereits rückläufig und daran ändert auch die Propaganda nichts. Wegen der langen Bauzeiten und steigenden Errichtungskosten und der begrenzten Uranvorkommen könnte die Atomkraft CO₂ nicht in nennenswertem Ausmaß substituieren ...“

Karl Zotter, Sprecher der Bürgerinitiativen gegen die 380kV-Starkstromleitung durch die Oststeiermark, berichtete: „Wir kämpfen ja schon seit ca. 20 Jahren gegen diese Starkstromleitung, weil wir wissen, dass diese Leitung fast ausschließlich dem Atomstromtransit von den Kraftwerken im Osten nach Italien und Slowenien dienen soll. Wenn es möglich wäre, hätte ich gerne einige

Worte über die Zusammenhänge zwischen Ausbau der Kernkraftwerke im Osten und der 380kV-Atomstromtransitleitung durch Österreich gesagt. Der Verbund schafft zur Zeit unter kräftiger Unterstützung durch unsere Politiker vollendete Tatsachen bei uns in der Oststeiermark. Mast um Mast wird errichtet, ohne dass der Verbund eine endgültige Baubewilligung für diese Leitung hat. 4 Beschwerden unsererseits sind beim VwGH anhängig! Der Ausbau dieser 380kV-Leitungen durch Österreich ist mit entscheidend dafür, wie wirtschaftlich der Ausbau der Atomkraftwerke im Osten ist. Es hängt alles zusammen und deshalb ist es so wichtig, diese Zusammenhänge klar darzulegen und dass wir alle gemeinsam gegen das Gewinnmaximierungsdenken der Stromlobby vorgehen.“

Matthias Reichel vom Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit: „Robert Jungks Buch "Der Atomstaat" warnte uns 1977 vor dem wuchernden Überwachungsstaat, der uns nicht vor den Gefahren von Hochrisikotechnologien schützen kann. Dafür kontrolliert, vereinnahmt, behindert und kriminalisiert er - je nach Bedarf - die gewaltfreien Warner und ihre Basisinitiativen. Systemstabilisierendes Engagement z.B. für erneuerbare Energietechnologien ist willkommen. Gewaltfreier Widerstand gegen die Mensch und Umwelt weltweit terrorisierende - Atomtechnik mit seinen irreversiblen Zerstörungen (ähnlich auch die Gen- und Nanotechnik) wird durch Politiker, Polizei, Geheimdienste, Justiz, Medien, Industrielobbies u.a. bekämpft. Infos dazu u.a. auf:<http://webmail.horus.at/pipermail/e-rundbrief/2007/000647.html>.

Michael Kösten von den „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“: „Warum stehen wir heute hier, 30 Jahre nach dem 5. November 1978! Wir waren heute vor 30 Jahren gegen Zwentendorf, gegen

Kernkraftwerke, gegen die Atomenergie. Wir sind heute erst recht gegen AKWs. Bis heute soll uns die Atomkraft schmackhaft gemacht werden, obwohl sie gefährlich, ja lebensgefährlich ist, obwohl sie sauteuer ist, wenn die Kernkraftwerksbetreiber alle Kosten für die AKWs zahlen müssten und sie nicht aus Steuergeldern subventioniert würden und obwohl es bis heute keine Lösung für den Atom Müll gibt. Gerade weil der Staat, also wir, mit unseren Steuern, weiterhin Atomenergie mitfinanzieren, ist sie für Atomkonzerne weiterhin ein großes Geschäft.

Die Macht der Atomkonzerne hat ihre Ursache darin, dass es die gleichen Konzerne sind, die aus der zivilen und der militärischen Atomnutzung Profite ziehen. Atomkraftwerke und Atomraketen waren und sind siamesische Zwillinge. Es war und ist für die Konzerne leichter, für die sog. friedliche Nutzung der Kernenergie Steuergelder zu erhalten als für Atomraketen und andere Waffen. Die Geschäfte der größten Rüstungskonzerne Europas blühen. Schon 2005 machten sie einen neuen Rekordumsatz von 40 Milliarden. Das vor allem deshalb, weil die EU-Großmächte eine neue offensive EU-Interventionsarmee geschaffen haben. Die EU ist längst keine Verteidigungsgemeinschaft mehr. Als Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA soll diese EU-Armee letztlich den EU-Mächten dazu dienen, Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischen Einfluss zu erreichen. Im Zuge dieser EU-Einsätze sind nun auch erstmals österreichische Soldaten im

Tschad im Einsatz. Das ist mit unserer Neutralität unvereinbar! 80% der Österreicher sind für die Beibehaltung der Neutralität! Lassen wir nicht zu, dass die Bundesregierung die Neutralität ausverkauft, dass Österreicher wieder, wie schon zweimal in unserer Geschichte, für fremde Großmachtinteressen einrücken und sterben gehen. Für AKW- Ausbau, für Aufrüstung und Krieg ist Geld da, für die Menschen ist kein Geld da, jedoch ungeheure Preis- und Tarifsteigerungen. Wenn wir uns nicht zusammenschließen gegen Aufrüstung und Krieg und gegen Sozial- und Demokratieabbau, dann wird man uns wieder in einen großen Krieg hetzen.“

Wir ersuchen um Verständnis, dass wir die Reden und Beiträge aus Platzmangel zum Teil nur sehr auszugsweise wiedergeben können. Die Kundgebung kann aber im Internet dank Matthias Reichel, der die Veranstaltung teilweise mitgeschnitten hat, nachgehört werden.

Tondokument der Wiener Kundgebung samt den Liedern der Musiker Kurt Winterstein und Harald Huscava in "Begegnungswege":
http://cba.fro.at/show.php?lang=de&eintrag_id=11102

Wir bedanken uns nochmals bei allen Menschen und Gruppen, die zur Kundgebung kamen und auch im Vorfeld zum Gelingen der Kundgebung beigetragen haben.



„Gorleben soll leben!“

Das war schon die Losung vor 30 Jahren. Die Atomlobby redet von Renaissance – doch die Atomgegner sind mehr denn je aktiv. Gegen den Atommülltransport von Frankreich ins Lager Gorleben in Deutschland protestierten Anfang November 15.000 Menschen und forderten das Ende der Atomenergie.

Die Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern wird keine Chance haben. Das machte die Demonstration für die Stilllegung aller Atomanlagen in Gorleben klar. Über 15.000 Menschen folgten dem Aufruf der örtlichen Bürgerinitiativen und zahlreicher Umweltverbände, darunter ROBIN WOOD. Mit dieser Demonstration aus Anlass des erneuten Atommülltransportes in das Zwischenlager Gorleben hat die Anti-Atom-Bewegung eindrucksvoll unterstrichen, dass die Atomenergie keine Zukunft hat. Das Desaster bei der Atommülllagerung im Salzbergwerk ASSE 2, die faktische Aufkündigung des Atomkosensvertrages (Atomausstieg in

Deutschland) und der Castortransport: All das hat viele Menschen wieder auf die Straße gebracht, um der Atomwirtschaft und den Stromkonzernen deutlich zu sagen: Atomkraft? Nein Danke! Das Gerede von sicheren Atommeilern und einer vermeintlich sicheren Atommülllagerung bleibt haltlos. Schrottreaktoren mit mehrjährigen Stillständen und Reparaturen sowie einstürzende Salzstöcke sind Alarmzeichen einer Atomtechnologie, die endgültig abgeschafft gehört. Dafür haben die über 15.000 TeilnehmerInnen in Gorleben bunt und phantasievoll demonstriert.

Wenn der Castor kommt, geht die Demokratie" heißt eine Erfahrung der Bevölkerung im Wendland. Massive Einschränkungen wie flächendeckende Demonstrationsverbote sind an der Tagesordnung, wenn die Interessen der Atomwirtschaft auf dem Spiel stehen, so die Erfahrung der deutschen AtomgegnerInnen. Mehr Infos unter: www.contratom.de

Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen für Europa

Die ungeheure Finanz – u. Wirtschaftskrise der USA wirkt sich immer mehr auf die ganze Welt aus. Auch in Europa kommt es zum Verfall der Kurse riesiger Banken und Versicherungen bzw. zum Verfall der Kurse vieler der größten Konzerne bzw. Unternehmen. Einerseits ist dieser Kursverfall für einen Teil des Finanzkapitals erst Recht wieder die Gelegenheit billig zu Firmen zu kommen, mit dem Zweck der weiteren Spekulation und weiteren Milliarden Gewinne. Andererseits schlägt nun die Finanzkrise mehr und mehr auf die Arbeitsmarktsituation, auf die Kaufkraft, ja auf das gesamte Wirtschaftsleben der Staaten durch. Die Krise ist noch keineswegs vorbei. Im Gegenteil. Selbst der Weltwährungsfond (IWF) und andere Experten profezeien eine noch schwerere Wirtschaftsrezession weltweit, die bis mindestens Ende 2009, eher bis inklusive 2010, andauern wird.

Während es in den USA wie auch bei uns viele Jahre hieß, der Staat hat sich in der freien Marktwirtschaft nicht einzumischen, das freie Spiel des Marktes regelt alles und so Milliarden

Gewinne auf Kosten der Menschen erzielt wurden, heißt es nun in der Krise, der Staat soll mit dem Geld der Steuerzahler eingreifen und die Banken und große Konzerne retten. Die Rettung sieht so aus, dass wieder einige Wenige dadurch riesige Profite machen und Dividende an die Aktienbesitzer zahlen.

Überall auf der Welt gibt es nun Milliarden für die Banken, für die „Wirtschaft“. Allein die USA haben nun gerade ein Bankenhilfspaket von ca. 1170. Milliarden Dollar und ein sog. Konjunkturpaket von ca. 650 Milliarden Dollar geschnürt. Insgesamt, so schätzen Bankexperten, belaufen sich die Kosten des US-Bankenrettungspakets sogar schon auf 9000 Milliarden Dollar. Und im Zuge der kommenden Präsidentschaft von B.

Obama ab Jänner 2009 wird schon von einem weiteren Stützungspaket aus Steuergeldern in der Höhe von ca. 600 Milliarden diskutiert! Im Übrigen, es ist wenig bekannt und nicht uninteressant, dass die Federal Reserve Bank, das ist die US-Notenbank, schon seit 1913 privaten Eigentümern gehört. Das heißt, das US-Finanzkapital bestimmt direkt wie viel Dollar gedruckt werden!

Auch in ganz Europa greifen die Regierenden tief in den Steuergeldsack für das Kapital!

Die Länder der Euro Zone haben zusammen ca. 1300. Milliarden Euro bereitgestellt, um ihre Banken zu stützen. Österreich hat ebenfalls bis heute ein Bankenhilfspaket von ca. 100 Milliarden Euro geschnürt, davon ca. 85 Milliarden Haftung und 15 Milliarden direkt Subventionen. Die Constantia Privatbank (die Bank der Reichen) und die Kommunalkredit wurden gerade erst durch diese Staatsgelder = Steuergelder, gerettet. Nun soll die Hypo Alpe-Adria mit ca. 1,5 Milliarden Euro gerettet werden. Die Erste Bank hat schon ca. 2,7 Milliarden beantragt. Die Bank-Austria spricht von ca. 2,2 Milliarden, die Raiffeisen von 1,3 Milliarden, die Volksbank von 1 Milliarde Euro Unterstützung durch Steuergelder. Und Bank-Austria Chef E. Hampel lehnt die Pläne ab, die Vergabe der Milliarden daran zu knüpfen, dass die Banken über einen gewissen Zeitraum keine Dividende an ihre Aktionäre zahlen dürfen. Österreich ist hier eine Insel der Seligen, in den meisten EU-Ländern ist das nicht möglich. Auch Veit Sorger, der Chef der Industrie, erklärte offen, dass es bei der Rettung der Banken keine Auflagen gegeben dürfe. Diese Pläne hat die Regierung auch schon fallengelassen. Das heißt, dass in Österreich direkt Steuergelder für die Dividende der superreichen Aktionäre aufgewendet

werden! Das System zeigt seinen wahren Charakter selten so klar wie heute! Die Banken und ein Teil ihrer Aktionäre verspielen Milliarden und sollen und werden Milliarden unserer Steuergelder erhalten, damit sie weiterhin ihren Aktionären ihre Dividenden auszahlen können und auf den internationalen Finanzmärkten weiter wie bisher ohne Regulativ spekulieren zu können, um die Profite der Superreichen zu vermehren.

Ja, gleichzeitig haben die gleichen Wirtschaftsbosse, die früher immer schrien, „mehr Privat, weniger Staat“, sogar die Frechheit, heute dem Staat vorzuwerfen, er hätte früher eine Regelung treffen sollen, um die Wirtschaftskrise zu verhindern. Nach dem Motto dass die Diebe schreien: „Haltet den Dieb“. Welch ein Hohn. Der kleine Sparer hingegen bekommt nicht einmal die Inflationsabgeltung und wenn er Kredite braucht, erhält er sie gar nicht oder total überteuert. Laut einer Umfrage ist im Übrigen die absolute Mehrheit der Österreicher der Meinung, der Staat sollte kein Steuergeld zur Rettung von Banken einsetzen. („die Presse“, 8.11.2008)

Überall auf der Welt droht bzw. kommt es schon zu weiterem Anstieg von Arbeitslosigkeit, Verelendung, Verlust von Wohnungen, die Menschen landen buchstäblich auf der Straße, usw. Seit Dezember 2007 bis Oktober 2008 haben 1,2 Millionen Amerikaner ihren Arbeitsplatz verloren, dazu allein im November 500 000. Die Arbeitslosenrate ist die höchste seit 14 Jahren (6,7%) und wird 2009 auf 9% ansteigen. Bis jetzt haben schon 3 Millionen Amerikaner ihre Häuser verloren, weitere 2 Millionen werden dazu kommen.

Weltweit ist unter anderem die Autoindustrie bedroht, die ebenfalls Milliarden Steuergelder an Unterstützung vom Staat verlangt. So sind z.B. die drei großen US-Autokonzerne General Motors, Chrysler und Ford von Insolvenz bedroht. Das hieße 123 000 Arbeiter der Autoindustrie plus 100. 000 weitere der

Zulieferindustrie würden ihren Job verlieren. Insgesamt würden durch Jobverluste als Folge nur des GM Kollapses in der amerikanischen Zulieferindustrie und im Übersee geschätzt ca. 2,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen! Als mögliche Folge für die Wirtschaft außerhalb des Autosektors würde das, so schätzen Experten, den Verlust von bis zu 15 Millionen Arbeitsplätzen mit sich bringen. In Japan werden heuer ca. 1,9 Millionen Autos weniger verkauft als geplant, so wenig wie zuletzt 1974.

Auch in Europa droht, wie erwähnt, Millionen von Arbeitern der Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen.

Auch in der Autoindustrie kommt es schon zu großen Umsatzeinbußen, Produktionspausen, Produktionsstopp und Massenentlassungen. Erste Schätzungen sprechen allein in der deutschen Autoindustrie direkt von mindestens 100 000 Entlassungen 2009. Opel Deutschland und Toyota haben schon Einschränkungen angekündigt.

Während die europäische Autoindustrie von der EU ein Hilfspaket für sich verlangt (und wohl erhalten wird), zahlen die Arbeiter wieder drauf. Die deutsche Bundesregierung hat gerade beschlossen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab 2009 um 0,5 % auf 2,8 % des Bruttolohns zu kürzen, damit die Unternehmer von Lohnnebenkosten entlastet werden.

Als Folge werden die deutschen Arbeitsämter weniger Geld zur Verfügung haben, um die arbeitslosen Autoarbeiter in ihrer Notlage finanziell etwas abzufedern.

Die Krise bei Opel lässt nun auch das General Motors Werk in Wien – Aspern gefährdet erscheinen. Bei Opel in Deutschland sind 25000 Arbeitsplätze gefährdet, insgesamt in Deutschland schon 100 000 in der Autobranche.

In der europäischen Luftfahrt – und Rüstungsindustrie droht ein Verlust von ca. 500 000 Arbeitsplätzen. In der deutschen Telekom wurden bis zum Jahr

2008 nahezu 150 000 Stellen vernichtet. In ganz Europa, so auch bei uns, kam es bis heute zum bis dato größten Rückgang am Produktionssektor, im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandelsumsatz.

Die EU Arbeitslosigkeit wird von derzeit 7,5% auf 8,4 % 2009 und 9% oder mehr 2010 ansteigen. Auch in Österreich wird ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit von derzeit offiziell 5,8% ansteigend bis 2010 auf mindestens. 8%, ja bis zu 10% prognostiziert.

Die Weltwirtschaftskrise ist ein Ausdruck des kapitalistischen Konkurrenzsystems. Durch eine immer stärkere Umverteilung der Einkommen von unten nach oben und der zunehmenden Privatisierung der Rentensysteme kam es zu einer ungeheuren Zunahme von Finanzvermögen, z.B. von 1970 bis 2005 von ca. 12.000 Milliarden Dollar auf ca. 140.000 Milliarden Dollar also um das fast 12 fache. In der gleichen Zeit nahm die Weltproduktion nur von 10,1 Milliarden auf 45 Milliarden zu, also um das 4 fache. Die Lohnquote hingegen ist sowohl in den USA als auch in Europa in den letzten 25 Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Gleichzeitig stieg entsprechend die Profitquote.

Renommiertere Ökonomen (F.Engdahl, J.Huffschild, J.Stiglitz) benennen Aspekte wieso es zur heutigen Wirtschaftskrise kam. Schon vor 20 Jahren hat die US-Regierung unter Ronald Reagan auf Druck des internationalen Finanzkapitals ein Gesetz erlassen, dass der Handel mit Finanzpapieren wie Aktien oder Zinsraten ebenso zugelassen wird wie bis dahin der Handel mit physischen Waren, wie Rohstoffen u.a. Während früher der Käufer beim Handel, sei es mit Rohstoffen, Nahrungsmittel etc. die physische Lieferung der zugrunde liegenden Waren bzw. die Aktien an den Unternehmen verlangen konnte, wurde diese Bestimmung unter Reagan aufgehoben. Damit standen den

angewachsenen Finanzvermögen neue gigantische Profitmöglichkeiten offen. Banken, Versicherungen und andere Finanzinvestoren fanden nun neue hochspekulative Anlagefelder, wie Verkauf von Krediten und Schuldscheinen, Kreditzusagen für die Finanzierung von Übernahmen von Unternehmen usw.

Als sich die wirtschaftliche Lage dann aber, nach Jahren, verschlechterte, entpuppte sich das Ganze zunehmend als riesige Spekulationsblase. F. Engdahl beschreibt u.a., dass einerseits die Drahtzieher zum Teil mit all ihren investierten Geldern verschwanden. Dann verringerten sich die Investitionen, weil die versprochenen Gewinne ausblieben. Und das Schneeballsystem flog auf, weil die Finanzbehörden feststellten, dass viele der Vermögen, die eigentlich vorhanden sein sollten, gar nicht existierten. So hat die Entwicklung vor allem des US- Finanzkapitals zur Entwicklung der größten betrügerischen Investmentoperationen der Welt geführt. Alles Ausdruck des Systems, das da heißt: Profitmaximierung um jeden Preis. Das Ganze war, wie Engdahl ausführte, nur mehr eine Wette wie im Spielcasino, mit Kontrakten mit Kreditrisiken, mit fremd finanzierten zweifelhaften Zahlungsverprechungen, bei der die Banken, Pensionsfonds, Hedgefonds zuletzt feststellen mussten, dass einige ganz große Finanzinvestoren noch weitere ungeheuerere Vermögen anhäuferten und sich gleichzeitig viele der Beteiligten gigantisch verspekuliert hatten. Ab Sommer 2007 kam es zu immer mehr Pleiten. Zuletzt, 2008, kam es im Oktober zum Kollaps, es wurden auf den weltweiten Aktienmärkten ungefähr 12 Billionen Dollar vernichtet. Der Kern des Problems waren und sind sog. „faule“, also oft uneinbringbare Kredite im globalen Finanzsystem, das sind laut W. W. Engdahl die Kontrakte über Kreditrisiken, sog. Credit Default Swaps (CDS). Sie sind der Indikator für die Einschätzung eines Ausfallsrisikos einer

Bank. Sie haben derzeit ein Volumen von geschätzten. 63 000 Milliarden Dollar! D.h. bei den Banken liegt eine Luftblase in dieser unvorstellbaren Größe, das sind nicht mehr einbringbare Schulden!

Die hochriskanten Häuser Hypotheken in den USA waren nur der Auslöser dieser Krise.

Letztlich bringt das kapitalistische System solche für 99,9 % der Menschen verheerenden Krisen immer wieder unvermeidlich mit sich. Wenn sich die Masse der Menschen auf Grund von sinkenden Löhnen und Gehältern, wegen steigenden Preisen, Tarifen und Steuern und Arbeitslosigkeit, all das „Klumpert“ = all die Waren nicht mehr leisten kann,

dann verschärft sich die Krise, viele Firmen müssen zusperren und es gibt noch mehr Menschen, die sich nichts mehr leisten können.

Wir können nicht zulassen, dass weiter Manager und Bosse, Finanzinvestoren und Fonds über unser „Leben“ bestimmen. Wir brauchen diese Herren nicht, wir brauchen das Finanzkapital nicht, das uns und unsere Welt solange ausbeutet bis wir verschlissen sind, schon im Arbeitsleben in „Friedenszeiten“ und dann erst Recht in den Kriegen, in die sie uns wieder, für neue Profite, hetzen wollen. Schluss mit dieser „Wirtschaft“!

Die armen Reichen

Ist es Naivität? Dummheit? Frechheit? Arroganz? Wir wollen es uns gar nicht aussuchen!

wenn Opernballschefin Treichl-Stürkgh über die Leiden ihres Mannes Andreas Treichl, seines Zeichens „General“ der „Ersten“, in der Klatschspalte der täglichen Gratiszeitung plaudert. Ihr Mann mache sich ja jetzt schon Sorgen um die Zukunft „seiner“ 50.000 Mitarbeiter und sie spürt es, wenn er unrund ist. Aber er hat ja schon einen großen Beitrag geleistet, er nimmt heuer seinen Bonus nicht, der ihm zustünde. Er verdient 2008 statt 4,42 Millionen Euro nur eine Million!

Man sollte sich jetzt dreimal überlegen, bevor man sich etwas anschafft, so die Opernballlady. Da kommen einem ja gleich die Tränen. Diese armen Leute müssen mit einer Million Euro im Jahr auskommen. Unglaublich. Da heißt es wirklich sparen.

Was allerdings Menschen dazu sagen,

die mit 10.000 bis 15.000 Euro im Jahr ihre Existenz bestreiten müssen ist eine andere Frage.

Dass der Posten/die Position und nicht die Notwendigkeiten der Existenzsicherung das Maß für das Einkommen sind, ist eine der Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen Systems. Dieses bringt auch maßlose, durch nichts gerechtfertigte Einkommensunterschiede mit sich. Diesbezüglich müssen neue Voraussetzungen geschaffen werden und eine neue Mentalität muss Platz greifen: Es wird dann nicht mehr egal sein, ob ich mit meiner Arbeit zum Gemeinwohl beitrage oder nicht, Hauptsache ich verdiene viel. Höchster Anreiz für die Arbeit der Menschen wird dann sein, ob meine Arbeit ein Beitrag zur Gemeinschaft und ihrer Weiterentwicklung ist und dass durch sie meine Existenz gesichert wird.

Arbeitsfreier Sonntag

Der arbeitsfreie Sonntag und Feiertag, seit Jahren von Gewerkschaften und Kirchen mit Zähnen und Klauen verteidigt, vor Kurzem im EU-Parlament diskutiert, könnte bald von der Gier der Unternehmer, des Kapitals aufgefressen. Ganz abgesehen davon dass damit die Kommunikation unserer Gesellschaft zerstört wird, kommt der Druck auf die Entscheidung, den Sonntag nicht mehr grundsätzlich arbeitsfrei zu halten, von der Kapitalseite, die sich dadurch auf unsere Kosten weitere Milliardenbeträge holen will. Denn, wenn der Sonntag wie ein gewöhnlicher Werktag behandelt wird, muss der Unternehmer keine Zuschläge mehr für Sonntagsarbeit bezahlen. Daher weht also der Hauptwind! Gerade in der augenblicklichen Situation mit der Finanzkrise wird der Druck auf den freien Sonntag sicher erhöht, müssen auch wir unsere Aktivitäten verstärken, um diese Bastion einer menschengerechten Gesellschaft zu erhalten. Graues Alltagseinerlei ohne das Zeichen der sonntäglichen Unterbrechung soll uns aufgezwungen werden. Die Allgemeinheit ist da noch viel zu wenig hellhörig, um mobilisiert zu sein und zu verhindern, dass die Geldmacht weiter zum Totengräber einer humanen Gesellschaft wird. Es müssen ja eh schon so viele am Sonntag arbeiten! wird häufig als Argument für diesen frechen Angriff auf uns alle, der uns 150 Jahre zurückwerfen würde, gebraucht. Das ist richtig, aber es handelt sich um Dienstleistungen, die die Gemeinschaft braucht und die eben extra entlohnt werden müssen. Die, die durch ihre Dienstleistung an der Gemeinschaft von ihren Familien und anderen

Sozialkontakten, die gerade durch den Sonntag möglich sind, ausgeschlossen werden, erhalten wenigstens eine kleine Abgeltung für die verlorene Kommunikation, für das Fehlen in der Gemeinschaft eines Vereines, einer Kirche einer Partei, einer Familie. Und vor allem: Menschen in solchen Berufen müssen nicht jeden Sonntag ihren Dienst leisten, sondern es wird darauf geachtet, dass sie regelmäßig frei haben, um an der Gemeinschaft teilnehmen zu können. Fällt der Sonntag als grundsätzlich freier Tag, sind die arbeitenden Menschen der Beliebigkeit der Unternehmer ausgesetzt. Das ist jetzt schon zu beobachten und wird dann noch stärker zutage treten: Arbeit auf Abruf zu jeder Zeit, lange Arbeitszeiten, ohne Erholungstage – Ausbeutung pur. Dort, wo man im Arbeitsprozess noch Menschen braucht, weil Maschinen noch nicht alles können, dort sollen Menschen wie Maschinen funktionieren, eine unerträglicher Skandal.

Jetzt, wo der Kapitalismus mit seiner unersättlichen Gier in der Finanzkrise seine eklatante Schwäche als Leitsystem einer humanen Gesellschaft gezeigt hat, dürfen wir keine Ruhe geben und müssen dafür sorgen, dass den Kapitalisten ihre Grenzen gezeigt werden. Muss dafür gesorgt werden, dass sie ihren Appetit zügeln müssen und nicht immer und immer wieder auf unsere Kosten ihre Profite erhöhen.

Der Sonntag als Ruhetag muss bleiben! Lassen wir uns den Sonntag als Ruhetag nicht wegnehmen! Stoppen wir die Gier der Kapitalisten! Schützen wir den arbeitsfreien Sonntag und Feiertag!

Streubomben bleiben gefährlich

Blanker Zynismus spricht aus dem Bericht über die Konferenz zum Thema der Ächtung von Streubomben, die kürzlich in Wien stattgefunden hat. Die

Großmächte haben die Unterzeichnung eines diesbezüglichen Abkommens abgelehnt, weil es man lese und staune: Noch keine Alternative zur Wirksamkeit

von Streubomben gibt!

Ungeheuerlich wie hier auf Kosten von Menschen eine rücksichtslose und brutale Kriegspolitik betrieben wird. Streubomben sind ein extrem kostengünstiges und wirksames Kriegsgerät. Ein Stück kostet 30 Dollar, sie sind tennisballgroß und werden über „Kriegsgebieten“ massenweise abgeworfen. 40 Prozent detonieren nicht sofort und sind daher gefährliche Zeitzündler, die von unkundigen Personen wie Kindern gefunden werden, faszinieren, manchmal mit nach Hause

genommen werden und dann dort explodieren und die Anwesenden zu Krüppeln machen. Bei der heute am häufigsten Art, Krieg zu führen, können praktisch überall, wo Krisengebiete sind, wo daher Zivilisten leben, Streubomben abgeworfen werden und sofort oder später Menschen töten oder verletzen.

Wir protestieren gegen jede Art von Krieg und fordern außerdem alle Nationen, die Streubomben in ihrem Programm haben auf, diese nicht zu verwenden und zu vernichten!

Neue Regierung – alte Methoden

Zerstörung von Post und Telekom, Ausverkauf von AUA!

Im Windschatten von Wahlen und Regierungsbildung, während Pröll und Faymann auf „neue“ Regierung spielten, wurde und wird ein übles Spiel mit verteilten Rollen gespielt. Die „bösen“ Vorstände und Aufsichtsräte gegen die „gute“ Politik. Doch die einen betreiben mit Hilfe der jeweils anderen die Zerstörung von Post und Telekom und den Ausverkauf der AUA, das heißt den Abbau Tausender Arbeitsplätze, die weitere Vernichtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Österreichs und die weitere wirtschaftliche Angliederung an Deutschland.

AUA

Als Vowand wurden bei der AUA die angeblich „horrenden Verluste“, bei der Post die „unrentablen“ Postämter und bei der Telekom das „Wegbrechen“ des Festnetzes in den Medien hochgespielt. In Wirklichkeit ging es bei der AUA darum, künstlich ein Krisenbild zu inszenieren, sodass die Lufthansa als „Retter“ und die ÖIAG- und AUA-Manager als „Versager“ hingestellt werden konnten. Doch die ÖIAG- und AUA-Manager betrieben dieses Spiel mit Zahlen absichtlich und nicht aus

Dilletantismus, wie es in den Medien hieß. Hieß es noch im Frühjahr die AUA ist alleine lebensfähig, wurden im Oktober 125 Millionen Jahresverlust angekündigt und zuletzt durch entsprechende „Bilanzpflege“ der prognostizierte Jahresverlust gar auf 475 Millionen geschraubt. Wie? Durch Sonderabschreibungen auf Flugzeuge (200 Millionen), Abwertungen des Wertpapierbestandes (60 Millionen) und Auflösung von Verlustvorträgen (90 Millionen). Die AUA sei pleite posaunten AUA-Boss Ötsch. Ziel und Ergebnis dieser Machinationen: Die Lufthansa erhält die knapp 42 % AUA-Staatsanteil um etwa mehr als 363.000 Euro! Die AUA- und ÖIAG-Manager, die eng mit deutschen Firmen (Siemens, Mannesmann usw.) verbunden waren oder sind, sind für die Lufthansa ihr Geld wert. Und die Steuerzahler dürfen mit Unterstützung der „Neuregierung“ noch 500 Millionen der Lufthansa nachschmeißen.

Post und Telekom

Bei diesen beiden Unternehmen geht es den Geschäftleitungen vor allem darum, die Beamten aus den Unternehmen

hinauszumobben. Denn Personal wird benötigt! Während die Post- und Telekombeamten in „Karriere- und Entwicklungszentren“ (KEZ) menschenverachtend „zwischengeparkt“ werden, um sie müde zu machen, „von selbst“ zu gehen, werden gleichzeitig Leiharbeitskräfte, natürlich wesentlich billiger eingesetzt.

Bei der Telekom hat man das so gedreht, dass man die Kosten für das geplante und gezielte und gemobbte Hinausdrängen der Beamten-Beschäftigten für etwaige Abfertigungen mit der immensen und nicht realen, d.h. rein erfundenen Summe von 630 Millionen Euro in die Bilanz schreibt und so im Handumdrehen zu einem „Verlust“ der Telekom kommt, der dann in der Öffentlichkeit eben als Vorwand dienen soll erst recht Stimmung gegen die Telekom-Beschäftigten zu machen. Weiterer Nebeneffekt für die Telekom-Oberen: Durch diesen provozierten „Verlust“, der an Bilanztricks grenzt und damit gesetzesbedenklich ist, erzielt die Telekom noch ein Steuer-Körpergeld von

rund 100 Millionen, weil das Ganze auch noch als den Gewinn mindernd dargestellt wird.

Wer's nicht glaubt, der kann sich die Zahlen auf der Homepage von Post (www.post.at) und Telekom (www.telekom.at) anschauen.

Wir unterstützen daher alle Maßnahmen von Post- und Telekombeschäftigten, sich dagegen zu wehren und verlangen von den Gewerkschaftsspitzen, dass sie den höchst berechtigten Unmut der Beschäftigten dieses Mal wirklich unterstützen und die Proteststreiks nicht nur zum Luftablassen – wie in der Vergangenheit – nutzen, um letztendlich doch dem „Sozialabbau“ zuzustimmen.

Wir solidarisieren uns mit den Post- und Telekombeschäftigten und ersuchen gleichzeitig unsere LeserInnen um Verständnis, sollte durch die Protestmaßnahmen der Postler die vorliegende Aussendung später als gewohnt bei Ihnen einlangen.

Fortsetzung des Vorabdruckes unseres Beitrages aus den neu erschienenen Buch zur Zwentendorf-Volksabstimmung vor 30 Jahren

30 Jahre Nein zu Zwentendorf II

Da im Frühjahr 1979 Nationalratswahlen anstanden, wollten ÖVP und FPÖ das Thema AKW nicht aus dem Wahlkampf heraushalten. Der SPÖ als offener Pro-Atom-Partei drohte der Verlust der Mehrheit wie schon den Sozialdemokraten in Schweden 1976 wegen des Atomthemas. Trotz Intervention der „Sozialpartner“ durch ÖGB-Präsident Anton Benya und Wirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger waren ÖVP und FPÖ gegen eine „Dreiparteieneinigung“ mit der SPÖ für AKW im Parlament. Daraufhin zog die SPÖ die Notbremse: Kanzler Kreisky trat

Ende Juni 1978 die Flucht nach vorne an und griff die Forderung der Sozialistischen Jugend nach einer Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf auf. Die Betreiber rechneten damit, dass ihnen durch ihre gewaltigen Manipulationsmöglichkeiten in der öffentlichen Meinung eine „Ja-Mehrheit“ sicher sei. Allein die Elektrizitätsgesellschaften ließen dafür Milliarden (Schilling) springen.

Die KPÖ, deren „Schwesterparteien“ im Osten für Bau und Betrieb von Atomkraftwerken verantwortlich waren,

empfahl ein „kritisches Ja“ zu Zwentendorf. ÖVP und FPÖ waren aus wahltaktischen Gründen gegen das AKW. Wie schwer sich dabei die ÖVP tat, glaubhaft als „Anti-Atompartei“ aufzutreten, zeigte sich nicht nur nach der Volksabstimmung und bis heute, sondern auch schon damals. Zum Beispiel waren ihre Anti-Zwentendorf-Plakate nur bis an die Enns vorgedrungen, wo sie von den schwarzen Landeshauptleuten Maurer (NÖ) und Niederl (Stmk.) als gar zu atomfeindlich empfunden und schlichtweg in die Schublade beziehungsweise in den Mistkübel gesteckt wurden. Die FPÖ war damals zu klein, um entscheidend für den Ausgang der Volksabstimmung zu sein, suchte aber auch durch „Anti-Atom“-Gerede Stimmen zu fischen.

Die deklarierte Atom-Ja-Partei SPÖ verlor gerade im letzten Monat vor der Volksabstimmung rasant an Unterstützung bei den eigenen Wählern. Das zeigte sich deutlich bei der im Oktober 1978 abgehaltenen Wiener Gemeinderatswahl. Speziell die Parteijugend hat sich damals durch von oben verordnete Disziplin trotz aller Drohungen nicht gleichschalten lassen. Sie brachte zum Ausdruck, dass sie sich ihre Zukunft anders vorstellten, was damals Chefredakteur Manfred Scheuch in der „Arbeiterzeitung“ (AZ), zur Schlussfolgerung veranlasste: „Eine Partei ohne Jugend hat keine Zukunft“. Wie wahr!

Ebenso stimmten bei der Volksabstimmung Hunderttausende Gewerkschaftsmitglieder – damals zählte der ÖGB noch 1,6 Millionen Mitglieder – österreichweit gegen die „Empfehlung“ der ÖGB-Spitze!

Wir fassten das Ergebnis damals in einem „Aufruf“ so zusammen:

„Das NEIN zu Zwentendorf war und ist ein großer Sieg der Bevölkerung gegen die allmächtig scheinenden Betreiber des gigantischen Geschäfts mit der Atomenergie im In- und Ausland, von der

Industriellenvereinigung bis zur ÖGB-Führung, von der E-Wirtschaft und der Regierung bis zu den multinationalen (Atom-)Konzernen mit ihrem Heer von Meinungsmachern und 'Experten'.

Das Ergebnis der Volksabstimmung ist ein überwältigender Erfolg der Atomgegner, die gestützt vor allem auf die eigene Kraft den Kampf aufnahmen und gegenüber der gewaltigen Manipulationsmaschinerie der Atomlobby und deren Handlanger auf die Wahrheit und die Überzeugungskraft ihrer Argumente vertrauten. Ihre erfolgreiche Aktivität – trotz Diffamierung als Fortschritts- bzw. Demokratiefeinde – hat anschaulich bewiesen: Widerstand gegen Unrecht ist nicht nur notwendig und berechtigt, er lohnt sich auch und führt zum Sieg.

Das mehrheitliche NEIN ist vielmehr noch Ausdruck des selbständigen Denkens und des Protestes vieler arbeitender Menschen gegen 'die da oben' an den Schalthebeln der Macht. Ihre unkontrollierbare Politik im Dienste des Profits bedroht immer offensichtlicher die Existenz des Menschen selbst und versperrt vor allem der Jugend eine lebenswerte Zukunft; dies besonders durch die systematische Zerstörung der Umwelt- und Lebensbedingungen im Frieden, bzw. durch die Vorbereitung auf den Krieg in Form der wahnwitzigen Rüstungsproduktion in West und Ost.“

Klar zeigte der Widerstand gegen das AKW-Zwentendorf und das Ergebnis der Volksabstimmung die wirklichen Bruchlinien in unserer Gesellschaft auf und nicht die sonst – insbesondere bei Wahlen – vorgetäuschten zwischen den Parteien: Es zeigte sich, was die Aussage „die da oben“ bedeutet und nichts mit „dumpfem Mief“ zu tun hat, als den die Medien oft Proteste von unten gerne hinstellen. Auf der einen Seite steht das gesamte wirtschaftliche und politische Establishment, auf der anderen Seite die Bevölkerung, deren Gesundheit und Leben durch AKW bedroht ist.

Das Establishment war vom Ergebnis der Volksabstimmung geschockt, und zeigte in der ersten Schrecksekunde, dass es sehr wohl verstanden hatte, was da passiert war. Das bewiesen – unabhängig vom Standpunkt in dieser Frage – die Reaktionen in der Öffentlichkeit:

- Das Ergebnis der Volksabstimmung war nicht nur ein gewaltiger Erfolg der Atomgegner, sondern eine Genugtuung für alle in der arbeitenden Bevölkerung, die „endlich einmal zeigen konnten, dass sie gegen die da oben sind“, wie es Kreisky selbst analysierte.
- Die Apparate und Bürokraten waren erschüttert und der „Kurier“ vom 6. November 1978 titelte: die „Expertendämmerung hat voll eingesetzt“.
- Das „Phänomen der Vergeudungswirtschaft und Wegwerfgesellschaft wird großen Teilen der Bevölkerung bewusst“, schrieb die „Kronen Zeitung“ am 7. November 1978.

- Das Volksabstimmungsergebnis hatte auch international großes Aufsehen erregt, war das NEIN doch ein Signal, dass es auch anders geht. Der „Kurier“ bezeichnete in diesen Tagen Österreich als ein „leuchtendes Vorbild“.

Die internationale Bedeutung des NEIN kann gar nicht groß genug eingeschätzt werden – ohne Überheblichkeit – z. B. damals im Kampf der deutschen Atomgegner gegen das geplante Endlager Gorleben, oder später gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. In Schweden wurde etwa 1980 der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Genauso wie uns in Österreich der aufopfernde Widerstand der deutschen und französischen AtomgegnerInnen gegen „ihre“ Atomanlagen geholfen hat. Und das NEIN lieferte den Beweis, dass der beste internationale Beitrag – nicht nur im Kampf gegen die Atomenergie – der ist, dass man jeweils im eigenen Land gegen die Betreiber auftritt und aktiv wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken herzlich für die Zuschriften, Spenden. Im Sinne unserer gemeinsamen Sache sind wir verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. **E-mail:** ggae@gmx.at **Homepage:** www.atomgegner.at